

Soll Cannabis legalisiert werden?

Seit einigen Wochen ist die Cannabis-Debatte wieder aktuell geworden. Die Jugendbewegungen der Grünen, Liberalen und Sozialisten – also genau jener Parteien, die seit verganginem Jahr in der Regierung sind – sprechen sich unmissverständlich für die Legalisierung aus. Ebenso Déi Lénk, die in dieser Frage im Parlament aber allein dastehen. Sowohl die Mehrheitsparteien als auch die CSV und die ADR lehnen eine komplette Legalisierung ab, zeigen sich aber offen, was eine weitere „Entkriminalisierung“ des Cannabiskonsums betrifft. In diese Richtung äußerte sich auch Justizminister Felix Braz, der eine generelle Reform der Drogenpolitik plant, dabei aber auf eine „sachliche Debatte“ pocht. Die Experten

sind sich in der großen Mehrheit einig: Die in der Cannabispflanze enthaltenen Wirkstoffe sind medizinisch gesehen sinn- und wirkungsvoll einsetzbar. Der reine „Genusskonsum“ birgt aber, wie andere Drogen, auch wesentliche Gefahren, die man nicht verharmlosen sollte. Und auch soziologisch wird über die Frage debattiert: Macht es noch Sinn, eine beträchtliche Anzahl von Cannabis konsumierenden Menschen strafrechtlich zu verfolgen? All das zeigt: Gründe für eine ausführliche Debatte gibt es genug. Sie lesen hier die erste Ausgabe unserer neuen Debattenrubrik, bei der wir regelmäßig zu aktuellen Fragen meinungsfreudige Autoren zu Wort kommen lassen wollen.



PRO

Wir brauchen ein Umdenken in der Drogenpolitik

Von Claude Biver*

Die Einwohner von Uruguay haben's leicht: Seit Ende August kann sich jede und jeder Volljährige in eine Liste eintragen lassen und darf fortan zu Hause selber Marihuana anbauen und dieses dann auch selbst rauchen, bis zu 480 Gramm pro Jahr. Früher kam man für diese Menge ins Gefängnis. Nach Jahrzehnten kommt die Wende in der Drogenpolitik: Uruguay wendet dem Krieg gegen die Drogen den Rücken zu. Viel zu lange hat dieser in Lateinamerika gewütet, die Kosten dafür waren viel zu hoch, der Krieg nicht zu gewinnen. Und Uruguay steht nicht alleine da: Andere Länder wie Argentinien, Peru, Paraguay und Mexiko haben Drogen ebenfalls größtenteils entkriminalisiert. Man müsse neue Signale senden, die Realität verwalten statt sie zu verbieten, das ist die Nachricht der linken Regierung um José Mujica in Uruguay. Auch in den USA wird in immer mehr Bundesstaaten Cannabis entkriminalisiert oder zu medizinischen Zwecken freigegeben.

„Die Kriminalisierung von Cannabis spielt dem organisierten Verbrechen in die Hände.“

Und in Europa? In lediglich einem Land (den Niederlanden) ist Cannabis legalisiert, in neun weiteren ist es entkriminalisiert oder toleriert. Alle anderen EU-Staaten gehen weiter repressiv gegen Cannabis vor, darunter auch Luxemburg. Der European Drug Report geht davon aus, dass 21,7 % der 15-64-Jährigen aus Europa in ihrem Leben schon einmal Cannabis konsumiert haben. Das entspricht 73,6 Millionen Menschen, während sich die Zahl der Konsumenten im letzten Jahr auf 18,1 Millionen (5,3 % der Erwachsenen) beläuft. Die Global Drug Survey spricht sogar von einer höheren Zahl von Cannabiskonsumern als von koffeinhaltigen Energydrinks. Keine Frage: Durch Kriminalisierung lässt sich der Cannabiskonsum nicht aus der Gesellschaft verbannen. Im Gegenteil, Cannabis wird seit über 5000 Jahren geraucht und gehört zur Gesellschaft.

Die Kriminalisierung von Cannabis spielt organisiertem Verbrechen

in die Hände: Drogenschmuggel und damit zusammenhängende Gewalt werden so eher gefördert als eingedämmt. Kunden werden in den Schwarzmarkt gedrängt. Auch die vielen öffentlichen Gelder, welche in die Strafverfolgung fließen, können den Konsum nicht verhindern. Wäre es nicht besser, diese Gelder sinnvoller anzulegen? Wäre es nicht an der Zeit die aktuelle Drogenpolitik zu überdenken und progressive Ansätze zu fördern?

Die Diskussion um die Legalisierung von Cannabis sollte sachlich und emotionslos geführt werden. Studien belegen dass die Legalisierung kein starkes Wachstum von Cannabiskonsum mit sich bringt, weder bei Jugendlichen noch bei Erwachsenen. Cannabis ist zudem konträr zu vielen Behauptungen keine Einstiegsdroge, sondern eher eine „Terminus“-Droge: Laut mehreren Studien sind die meisten Konsumenten nicht an sogenannten „härteren“ Drogen interessiert. Zudem belegen medizinische Studien, dass Cannabiskonsum keine irreversiblen kognitiven Langzeitbeeinträchtigungen für Erwachsene mit sich bringt.

Die Legalisierung von Cannabis würde zudem viele Vorteile mit sich bringen: Nicht nur würde man dem organisierten Verbrechen einen Riegel vorschieben, man könnte auch den Konsumenten rechtlichen Schutz gewähren. Durch staatlich geregelten Verkauf kann zudem die Qualität der verkauften Ware gesetzlich geregelt und kontrolliert werden. Das Einführen einer Cannabissteuer könnte zudem zur Sanierung der Staatskassen erheblich beitragen und es wäre eine Überlegung wert, eine Studie in Auftrag zu geben, welche die budgetären Vorteile einer Legalisierung von Cannabis in Luxemburg genauer untersucht. Diese Einnahmen könnten direkt in die Forschung, Prävention und Aufklärung, besonders an Schulen, fließen.

Die aktuelle Gesetzgebung, welche komatöses Massenbetrinken auf dem Oktoberfest legalisiert und sozial toleriert, während das durchaus weniger schädliche Cannabis kriminalisiert und stigmatisiert wird, ist mehr als anachronistisch. Es ist Zeit, sich von der repressiven Drogenpolitik zu lösen und neue Lösungsansätze in Betracht zu ziehen.

* Der Autor ist Mitglied im Vorstand von „Déi Jonk Gréng“, Student der Politikwissenschaft und Blogger.



KONTRA

Nein zu Cannabis – außer zu therapeutischen Zwecken

Von Gilles Roth*

Die JDL und déi jonk gréng haben jüngst zu einer Entkriminalisierung des Cannabiskonsums aufgerufen. Zudem verlangen sie, dass die Droge vom Staat angebaut und verkauft wird. Ob die Regierung nun den gleichen Weg einschlagen wird, wie von deren Nachwuchs gefordert, bleibt abzuwarten. Denn obwohl die Regierung zugab, ihre Reflexionsphase noch nicht abgeschlossen zu haben, wusste sie aber schon zu berichten, dass sie einen anderen Weg als die Vorgängerregierungen einschlagen wird. Sie scheint jedenfalls überzeugt, dass die repressive Drogenpolitik nicht den gewünschten Erfolg erzielen konnte.

Für mich und meine Partei steht fest, dass, solange es keine eindeutigen Studien gibt, die besagen, dass der Konsum von Cannabis keine Gesundheitsschäden hervorruft, die Entkriminalisierung/Legalisierung von Cannabis nicht zur Disposition steht. Denn ganz ungefährlich ist die Droge nicht. Sie birgt, anders als von vielen dargestellt oder wahrgenommen wird, Suchtpotenzial, durch das in ihr enthaltene THC.

Experten weisen zudem darauf hin, dass bei regelmäßigem Cannabiskonsum Probleme auf psychischer Ebene in Erscheinung treten können, so z.B. die Regression des IQ, neurokognitive Defizite, Kurzzeitgedächtnis, Motivationsprobleme sowie Aufmerksamkeitsschwierigkeiten. Noch kürzlich hat der Direktor der luxemburgischen Jugend- und Drogenhilfe vor regelmäßigem Konsum von Cannabis bei Jugendlichen bis zu 21 Jahren gewarnt. Es könnte nämlich zu größeren, irreversiblen Schäden für deren Organe führen, insbesondere das Gehirn könnte nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch das Zusammenwirken dieser Droge mit anderen Substanzen sollte nicht unterschätzt werden.

Es wäre zuweilen auch inkohärent und fragwürdig, auf der einen Seite Alkohol und Zigaretten immer strenger zu reglementieren, die Cannabisgesetzgebung aber weiter lockern und den Cannabiskonsum über staatliche Stellen fördern zu wollen. Eine Lockerung der Gesetzgebung sollte man auch deswegen skeptisch sehen, da bereits heute das Rauschgiftgesetz zwischen Cannabis und „härteren“ Drogen vor allem auf der Ebene der vorgesehene Strafen differenziert. Führt eine Person sehr geringe Mengen an Cannabis mit sich, drückt

auch die Staatsanwaltschaft meist beide Augen zu. Die Vorstellung blinder Repression, wie sie von einigen als Argument ins Spiel gebracht wurde, sieht eindeutig anders aus.

Die Befürworter der Legalisierung des Cannabiskonsums vertreten auch die Ansicht, es wäre Aufgabe des Staates, Cannabis selbst anzubauen und zu verkaufen. Sie argumentieren nicht zuletzt damit, dass damit die Staatsfinanzen aufgebessert werden könnten und auch Arbeitsplätze für unterqualifiziertes Personal entstehen würden.

„Der Staat soll sowohl präventiv als auch repressiv gegen Rauschmittelverbreitung vorgehen.“

Neben den gesundheitlichen Aspekten widersetze ich mich auch dieser Art der Argumentation. Es ist erstens nicht Aufgabe des Staates, den Rausch in der Bevölkerung zu fördern. Der Staat soll sowohl präventiv als auch repressiv gegen die Rauschmittelverbreitung vorgehen. Zweitens wollen wir auch keinen Drogentourismus in Luxemburg, wie dieser in den Niederlanden vor einigen Jahren entstanden ist. Die „Größe“ unseres Landes sowie die Nähe zu anderen Ländern – Deutschland, Frankreich und Belgien – in denen Cannabis nicht legal verkauft werden darf, würde aber unausweichlich dazu führen. Für das Image unseres Landes wäre das eine Katastrophe. Wir stellen uns die Zukunftsgestaltung unseres Landes anders vor.

Last but not least zeigt sich die CSV aber offen gegenüber dem Anbau von Cannabis unter staatlicher Obhut, insofern dieser zur Entwicklung medizinischer Produkte verwendet wird. Nach Ansicht verschiedener Mediziner kann Marihuana nämlich zu therapeutischen Zwecken verwendet werden, unter anderem zur Schmerzlinderung. Hier könnten sich für unser Land im Bereich medizinischer Forschung und Entwicklung neue Perspektiven auftun. Und dies wäre begrüßenswert.

* Der Autor ist Abgeordneter der CSV und Bürgermeister der Gemeinde Mamer.